54. Jahrgang. № 336. Sonnabend, 4. Dezember 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 1,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gegebenen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gesammelt zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags von Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftl. Anzeigen an der Privatstelle Zeile 30 Pf.; bei gespaltener Zeile a. Textseite 60 Pf. — Im Kommen nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatstelle 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Milch-Chocolade No. 600.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus Gummi Guttapercha Asbest fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten E. Böhme Dresden Ferdinandstr. 13.

Ullrichs Pianinos sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig. 1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Herm. Freyboth, Dresden, am See 34. Katalog gratis. Teleph. 1718. Billardfabrik. altrenomirtes Fabrikat. Lager vom einfachsten bis zum elegantesten.

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant • Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Zum Direktor des hiesigen Central-Theaters soll der bekannte Schriftsteller und Schauspieler Heinz Gordon, Berlin, berufen worden sein.

Dem Reichstag ging gestern ein Weißbuch zu über die letzte Seekriegsrechts-Konferenz.

Im Kieler Werftprozeß, der gestern zu Ende geführt wurde, sind sämtliche Angeklagte freigesprochen worden; die Geschworenen haben die Schuldfragen verneint.

Herzog Karl Theodor in Bayern wurde gestern in Tegernsee beigesetzt.

Die Auflösung des englischen Parlaments erfolgt am 28. d. M.; die Neuwahlen finden am 8. Januar statt.

Das Handelsviertel von Baltimore steht in Flammen.

Der englische Oberhauskonflikt

ist in das Stadium der Entscheidung getreten, nachdem das Unterhaus die das Vorgehen der Lords als einen Verfassungsbruch kennzeichnende Erklärung des Premierministers Asquith mit 349 gegen 131 Stimmen angenommen hat. Die unmittelbare Folge dieser Abstimmung, mit welcher der Feldzug gegen das Oberhaus offiziell eröffnet worden ist, besteht in der Vertagung des Parlaments, der sich die formelle Auflösung und die Anordnung der Neuwahlen in kurzer Frist anschließen werden. Die Neuwahlen sollen zwischen dem 10. und 20. Januar 1910 stattfinden. Da gemäß verfassungsmäßigem Herkommen sämtliche Parlamentswahlen in England längstens innerhalb 19 Tagen vollzogen sein müssen, so wäre demnach der 8. Februar der späteste Termin für die Beendigung der Wahlaktion.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Lords durch ihr ganzes Verhalten vom Anfange der liberalen Regierung an die Situation gewaltsam verschärft und die liberale Regierung zu der scharfen Kampfstellung, die jetzt den völligen Bruch herbeigeführt hat, gedrängt haben. Das liberale Kabinett kündigte zwar gleich von vornherein an, daß die Beschneidung der privilegierten Stellung des Oberhauses einen wesentlichen Punkt seines Programms bilden werde. Gleichwohl zeigten sich die leitenden Kreise durchaus nicht geneigt, alles auf eine Karte zu setzen und die Feste der Lords im Sturm zu nehmen; vielmehr stand wiederholt die Sache so, daß man im Auslande allgemein zu der Ansicht kam, die liberale Regierung fühle sich zur Durchführung einer entschlossenen Aktion gegen das Oberhaus nicht stark genug und wünsche die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. Vielleicht stärkte gerade dieses Zögern und Schwanken der Liberalen den Widerstand des Oberhauses, so daß es mit einem ungewohnten Eifer die Regierungsvorlagen bekämpfte und vollends gegenüber dem Finanzprogramm des Kabinetts die Segel von einem rücksichtslosen Oppositionswinde schwellen ließ. Die liberale Regierung konnte nun nicht mehr zurück, sondern mußte wohl oder übel sich zu einer energischen Haltung aufraffen und den Appell an das Land, auf den die Lords hindrängten, wagen. Es hätte zwar auch jetzt noch einen anderen Ausweg aus dem Dilemma gegeben, in das die Regierung geraten war. Sie konnte nämlich, ohne sich von dem Boden des konstitutionellen Rechtes zu entfernen, vom Könige einen sogenannten „Pairsschub" fordern, d. h. die Ernennung einer solchen Anzahl neuer Mitglieder des Oberhauses, daß dadurch die oppositionelle Mehrheit in eine Minderheit verwandelt worden wäre. Zu diesem Mittel aber wagte das Kabinett deshalb nicht zu greifen, weil es den üblen Eindruck vermeiden wollte, den ein solches Vorgehen auf die liberale Wählerschaft gemacht hätte, die zweifellos sehr wenig damit zufrieden gewesen wäre, wenn eine aus ihrer eigenen Mitte hervorgegangene Regierung, die den Kampf gegen das Oberhaus auf ihre Fahne geschrieben hat, sich dem Verdacht ausgesetzt hätte, daß es ihr selbst um die Erringung von Sitzen in der ersten Körperschaft zu tun sei. So blieb also nichts weiter übrig, als die Würfel rollen zu lassen und den Rubikon zu überschreiten.

Ueber den Ausgang des Wahlkampfes schon jetzt Voraussage machen zu wollen, ist ein vergebliches Bemühen, weil das Zünglein an der Wage so stark hin und her schwankt, daß es gar nicht möglich ist, auch nur mit einiger Sicherheit zu erkennen, nach welcher Richtung schließlich der Ausschlag erfolgen wird. Die angeblich in maßgebenden Berliner Kreisen gehegte Ansicht, daß die Liberalen noch einmal, wenn auch mit nur schwacher Mehrheit, siegen würden, kann ja durch den Ausfall der Wahlen bestätigt werden; ebenso gut ist es aber auch möglich, daß die Konservativen schon jetzt die Oberhand erhalten und nicht erst bis zu den übernächsten Wahlen mit der Uebernahme der Regierung zu warten brauchen. In jedem Falle hängt von der Entscheidung der Wähler außerordentlich viel für die innerpolitische Weiterentwicklung der britischen Nation ab, sowohl in konstitutioneller wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Soweit das verfassungsmäßige Gebiet in Frage kommt, zeigen die historischen Wandlungen, die sich bis jetzt in dem Verhältnis der beiden Gesetzgebungsfaktoren vollzogen haben, eine fortgesetzte Vermehrung und Erweiterung der Rechte des Unterhauses, während die Privilegien des Oberhauses in demselben Maße beschnitten und eingeengt wurden. Vornehmlich zeigte sich die überragende Stellung des Unterhauses bei der Behandlung des Budgets, bezüglich dessen allmählich durch Gewohnheitsrecht der Grundsatz sanktioniert wurde, daß es allein der entscheidende Faktor sei und daß die Lords nur die Befugnis hätten, den Etat entweder im ganzen anzunehmen oder im ganzen abzulehnen, daß ihnen dagegen das Recht zur Vornahme von Abänderungen im einzelnen nicht zustände. Durch eine 40jährige Uebung ist dann auch das Recht der Lords zur Ablehnung des Budgets im ganzen außer Gebrauch gekommen, so daß die Liberalen in der Tat die im englischen Verfassungsleben ganz besonders hochgehaltene Tradition für sich geltend machen können, wenn sie den Standpunkt vertreten, daß das Oberhaus in Finanzfragen überhaupt nicht mitzureden habe, sondern einfach die Rolle eines Statisten, eines bloßen Jasagers spiele. Ein weiterer Umstand, der den Liberalen bei ihrem Kampfe gegen das Oberhaus einen beträchtlichen Rückhalt in der öffentlichen Meinung sichert, ist die Ablehnung der Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftssteuer durch das Oberhaus, die gerade deswegen tiefgehende Erbitterung erzeugt hat, weil sich in den Händen der Lords ein ganz ungeheurer, für kontinentale Begriffe kaum vorstellbarer Reichtum konzentriert, so daß die Nichtachtung des „Noblesse oblige" in der Wahlagitation sehr wirksam gegen die Peers ausgenutzt werden kann und wird. Diesem übermäßigen Reichtum steht ein Pauperismus, eine Verelendung der Massen gegenüber, von der man sich in Deutschland und Frankreich überhaupt keinen Begriff machen kann und die so groß ist, daß selbst ein so kühler und nüchterner Beobachter und Beurteiler, wie Professor Schiemann, es nicht für ausgeschlossen hält, es könne ein Stück Wahrheit in den drohenden Worten des britischen Schatzkanzlers Lloyd Georges liegen: „Mögen die Lords sich hüten und überlegen, was sie tun. Sie entfesseln eine Revolution. Das Volk wird revoltieren, weil es nicht denkbar ist, daß in einem Lande von 41 Millionen Seelen 3 Millionen regelmäßig an Hunger und Elend zugrunde gehen."

Auf der anderen Seite arbeiten die Konservativen mit den beiden ebenfalls sehr wirksamen Schlagworten: „Tarifreform" und „Kampf gegen die Sozialdemokratie bis aufs Messer". Sie suchen die Massen für den Schutzzoll durch den Hinweis zu gewinnen, daß dieser die Kosten für eine umfassende Sozialreform ohne die Notwendigkeit einer Steuererhöhung ergeben werde, und finden für ihre scharfe Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie die Sympathie auch vieler liberaler Elemente, die sich an der allzu großen Abhängigkeit der Regierung von der sozialistischen Arbeiterpartei stoßen und ein weiteres Fortschreiten auf dieser Bahn nicht mitmachen wollen. Wenn die Konservativen wieder ans Ruder gelangen, so kann darüber kein Zweifel sein, daß sie ernstlich an die Lösung der Tariffrage herantreten und bestrebt sein werden, den Chamberlainschen Plan eines einheitlichen britischen Zollgebietes mit Vorzugszöllen für den Verkehr des Mutterlandes mit den Kolonien bei gleichzeitiger Erhöhung der Zölle dem Auslande gegenüber zu verwirklichen. Das Unterhaus müßte sich dann auch auf eine stärkere Betonung der verfassungsmäßigen Rechte des Oberhauses gefaßt machen und mit einer fortgesetzten aktiven Betätigung der Lords bei der Regelung der finanziellen Fragen rechnen. Auch in der auswärtigen Politik käme dann wohl ein veränderter Kurs zur Geltung insofern, als das imperialistische Prinzip wieder mehr in den Vordergrund gerückt würde und die aggressive Tendenz der westmächtlichen Entente, die unter der liberalen Regierung wesentlich abgeschwächt worden ist, aufs neue Unterstützung erhielte. Nach dieser Richtung ist es bezeichnend, daß die unionistische Partei u. a. den bekannten Lord Beresford als Kandidaten aufgestellt hat, der jüngst auf einer Agitationstour in den Vereinigten Staaten weilte und die Amerikaner, allerdings ohne bei ihnen Gegenliebe zu finden, aufforderte England zur Seite zu stehen in dessen unvermeidlichem Kampfe gegen das „freche Deutschland", dessen starke Flotte die gesamte angelsächsische Rasse bedrohe. Wir tun auf dieser Seite des Kanals gut, uns keiner Selbsttäuschung darüber hinzugeben, daß der Geist, der aus den Worten des Admirals Beresford spricht, die unionistische Partei überhaupt beherrscht, auch wenn er nicht überall in gleich deutlicher Form zum Ausdruck gelangt. Wir haben deshalb zwar durchaus keinen Grund, der möglichen Wiederkehr eines konservativ-unionistischen Regimes in England mit Besorgnis entgegenzusehen, müssen aber die in letzter Zeit betätigten deutsch-englischen Annäherungsbestrebungen mit der nötigen Kritik beurteilen und dürfen auch nicht ein Tüttelchen von dem fortgesetzten Ausbau unserer Flotte ablassen, wie er durch unsere gesamte internationale Lage bedingt wird.

Handschuhe Altmarkt 8 Handschuhe
Spezial-Geschäft Gebrüder Wohlauf. Nur Handschuhe

Neueste Drahtmeldungen

vom 3 Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Staatssekretär Dr. Delbrück begründete die Vorlage betr. **Verschiebung des Termins für Inkrafttreten der Arbeiter-Reliften-Versicherung.** Die Reichsversicherungsordnung, die im Entwurf bereits öffentlich bekannt gegeben sei, werde vor dem 1. April 1911 nicht in Kraft treten können. Es sei daher angezeigt, auch den Termin für das Inkrafttreten der Witwen- und Waisenversicherung, deren Regelung ja im Rahmen der Gesamt-Reichsversicherungs-Ordnung vorgesehen sei, bis zum 1. April 1911 hinauszuschieben. — Abg. Junck (natl.) stimmt der Vorlage zu. Die Hoffnungen, die das Zentrum 1902 an die sog. Lex Trimborn geknüpft habe, daß allein schon die Zollmehrerträge den finanziellen Bedarf der Reliften-Versicherung decken würden, so daß auf Beiträge der Arbeiter wohl gar gänzlich verzichtet werden könne, diese Hoffnungen hätten sich jedenfalls nicht erfüllt. Man ersehe daraus, wie wenig angezeigt es überhaupt sei, derartige Wechsel auf die Zukunft zu ziehen. Zu erklären habe er übrigens im Einklang mit seinen Freunden, daß der neue Zolltarif seinen Zweck, die Landwirtschaft zu schützen, voll erfüllt habe und daß seine Freunde deshalb daran festhalten würden. Auch an dem Gedanken der Reliften-Versicherung hielten seine Freunde nach wie vor fest. Erfreulich sei die Zusage, die er aus den Worten des Staatssekretärs herausgehört habe, daß das große Werk der Reichsversicherungs-Ordnung auf jeden Fall in dieser Session werde vorgelegt werden. Seine Freunde würden gern positiv mitarbeiten, um zu bewirken, daß das Werk auch wirklich in dieser Session definitiv zustande kommen würde. Verhehlen könne er aber nicht, daß das Reichsversicherungswesen in seinen empfindlichsten Elementen getroffen werden würde, wenn die Selbstverwaltung dabei in dem Maße angetastet und geschmälert werde, wie das vielfach in dem neuen Entwurf der Versicherungsordnung geschehe. Es bestehe im deutschen Volke eine starke Abneigung gegen eine weitere Ausdehnung des Beamtenwesens. Auch sonst noch enthalte der Entwurf mehrfache bedenkliche Momente. — Abg. v. Richthofen (kons.): Ich will dem Vorredner in seiner Kritik des neuen Entwurfs der Reichsversicherungsordnung nicht folgen, denn dieser Entwurf wird ja ohnehin noch im Bundesrate wesentlichen Abänderungen unterzogen werden. Durchaus beistimmen dagegen kann ich dem Vorredner in dem, was er über den Nutzen unserer 1902 eingeschlagenen Wirtschaftspolitik gesagt hat. Die heutige Vorlage ist lediglich bestimmt durch die Unmöglichkeit, die Reichsversicherungsordnung vor dem 1. April 1911 fertigzustellen, und meine Freunde werden daher der Vorlage zustimmen. (Beifall.) — Abg. Dr. Mugdan (freis. Volksp.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. Er verstehe nicht, wie Abg. Junck habe sagen können, daß die Zollpolitik von 1902 sich bewährt habe. Bewährt habe sie sich doch nur für die Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Die Verschiebung der Reliftenversicherung müsse erbittern in dem Augenblick, da man soeben erst durch die sogenannte Reichsfinanzreform dem Volke große, neue Lasten auferlegt habe. Daß die neue Reichsversicherungsordnung schon am 1. April 1911 in Kraft treten könne, sei ganz unwahrscheinlich. Einer Verschiebung könne man doch nicht zustimmen, auch wenn man überzeugt sei, daß die Reform bis dahin doch nicht zustande komme. Der Mittelstand werde durch die neue Versicherungsordnung noch weiter belastet werden, nachdem man ihn eben erst durch die Beleuchtungssteuern so schwer getroffen habe. Wie gering seien übrigens die Witwen- und Waisenrenten, die dabei herauskommen? Er habe berechnet, daß die höchste Witwenrente, die nach dem jetzigen Entwurfe gezahlt werden könne, nicht über 40 Pfg. pro Tag betragen werde. — Staatssekretär Dr. Delbrück: Mit einer Kritik des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung bringen Sie mich in eine schwierige Situation. (Sehr richtig! rechts.) Der Entwurf liegt ja doch erst dem Bundesrate vor und kann da noch vielfachen Abänderungen unterliegen. Ich kann also einen solchen